



Gemeinsame Erklärung

1. Zurückhaltung des Staates und staatsnaher Betriebe in Preisfragen

Zahlreiche Preise in der Schweiz werden direkt oder indirekt vom Staat beeinflusst. Angesichts der Teuerung und der schwierigen Situation, in der sich insbesondere Menschen mit tiefen Einkommen befinden, erwarten die Teilnehmenden des Kaufkraftgipfels Zurückhaltung des Staates und staatsnaher Unternehmen in Preisfragen. Mehr noch, diese werden aufgefordert, aktiv nach Entlastungsmassnahmen für die Konsumentinnen und Konsumenten zu suchen.

2. Preisreformstau beseitigen, Transparenz erhöhen, Wettbewerb stärken

Zahlreiche Reformen mit Preiswirkung stehen im Preisreformstau: So zum Beispiel im Bereich des Gesundheitswesens, aber auch im Energiebereich oder in Bezug auf das Wettbewerbs- und Konsumentenschutzrecht. Wir erwarten von der Politik rasches und entschlossenes Handeln, um den Preisreformstau zu überwinden.

Fokusbereiche je Institution (erweitert)

- **acsi**
Transparenz für Krankenversicherte erhöhen, um verborgene Übertherapie zu bekämpfen: Sicherstellen der unverzüglichen Zustellung der Rechnungskopien; Unterstützung zur besseren Lesbarkeit von Rechnungen ermöglichen um die Überfakturierung zu bekämpfen – die acsi beabsichtigt, sich für eine verstärkte Unterstützung der Versicherten im Faktura-Bereich einzusetzen. Generika-Verbreitung mittels Publikation von Verwendungsdaten erhöhen.
- **FRC**
Margen- und Preistransparenz für die Konsumentinnen und Konsumenten insb. in den **Bereichen Nahrungsmittelhandel und Energie** erhöhen. Druck auf eine rasche Umsetzung der Reformen im Gesundheitswesen. Vertiefte Auseinandersetzung der Finanzierungsmodalitäten im öffentlichen Verkehr.
- **kf**
Anbieterwechsel bspw. im Bankenwesen **vereinfachen und Preisbekanntgabeverordnung konsequenter durchsetzen**.
- **Konsumentenschutz**
Zinsen erhöhen und Gebühren im Bankenwesen senken. Modell entwickeln, damit mit Bussen von Kartellrechtsverstössen präventive Wirkung erzielt werden kann, damit es zukünftig weniger Geschädigte gibt. Bereits angestossene Reformen im Gesundheitsbereich endlich umsetzen (bspw. Prämienverbilligung, kostenneutrale Umsetzung von Tardoc etc.)
- **Preisüberwacher**
Transparenz erhöhen, um Gierflation zu verhindern Der Preisüberwacher wird vor und nach dem 1. Januar 2024 ein **«Mehrwertsteuer-Monitoring»** durchführen, um stichprobenartig zu überprüfen, ob sich Preiserhöhungen aufgrund der Mehrwertsteuererhöhung auf 0.4% beschränken bzw. wenn nicht weshalb.

